
Vorstoss-Nr: 171-2010
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 15.09.2010

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, Grüne) (Sprecher/ -in)
Häsler (Burglauenen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 3

Dringlichkeit:

Datum Beantwortung:
RRB-Nr:
Direktion:



Sichere Stromversorgung ohne neue AKW-Generation

Der Regierungsrat wird aufgefordert in einem Bericht aufzuzeigen:

- wie lange das AKW Mühleberg noch betrieben werden soll
- welche Massnahmen nötig sind, damit der Ausstieg aus der Kernenergie ohne eine weitere AKW-Generation möglich wird
- ob eine Brennelementsteuer den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichen würde

Begründung:

Dem AKW Mühleberg wurde vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am 21.12.2009 eine unbefristete Betriebsbewilligung erteilt. Damit wurde Mühleberg den anderen schweizerischen Atomkraftwerken gleichgestellt. Es ist jedoch unbestritten, dass eine unbefristete Laufzeit nicht denkbar ist.

Es ist deshalb aufzuzeigen, wie der Umbau vollzogen werden kann.

Dass die Zukunft den erneuerbaren Energieträgern gehört, ist heute von allen Seiten unbestritten. Die Zukunft liegt in den erneuerbaren Energieträgern, wegweisend ist dabei die *Initiative BERN erneuerbar*. Gleichzeitig bietet die Förderung von erneuerbaren Energien und Klimaschutz (z. B. Gebäudemassnahmen) ein immenses Wirtschaftspotential für die Berner KMU. Damit der Umbau weg von der Atom- hin zur erneuerbaren Energie sicher beschritten werden kann, muss unbedingt aufgezeigt werden, in welchem Zeitrahmen das AKW Mühleberg realistischerweise vom Netz genommen werden kann bzw. muss. Dabei ist der Sicherheit oberste Priorität beizumessen und die Frage der Endlagerung ist mit einzubeziehen.

Die Frage darf nicht mehr lauten ob, sondern wann wir aus der Atomenergie aussteigen.

Die in der Schweiz geplanten neuen AKWs generieren Kosten von gegen 20 Milliarden Franken. Das sich zurzeit im Bau befindliche finnische AKW auf der Halbinsel Olkiluoto belegt, dass einerseits mit massiven Bauverzögerungen zu rechnen ist. Andererseits sind die Kostenfolgen nur sehr schwer berechenbar.

Wenn die Schweiz bis 20 Mrd. Franken in neue Atomkraftwerke investiert, fehlen die finanziellen Mittel für den Umbau. Mit dem deutschen Ausstiegsszenario können die notwendigen Mittel für die Energiewende generiert und die Stromversorgung gewährleistet werden. Zusätzliche Erträge und/oder Brennelementsteuern, die aus der verbleibenden Betriebszeit generiert werden, sollen vollumfänglich zur Förderung von erneuerbaren Energieträgern und zur Effizienzsteigerung eingesetzt werden.

Die Bestrebungen sollen dahingehend wegweisend sein, dass dadurch kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut werden muss.